

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Nicole Bauer, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Karlheinz Busen, Bijan Djir-Sarai, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Daniela Kluckert, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Hagen Reinhold, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Gesunde Ernährung in Kitas und Schulen**

Übergewicht und krankhafte Fettleibigkeit treten bei Kindern und Jugendlichen auf einem konstant hohen Niveau auf. Mehr als 15 Prozent der Drei- bis 17-Jährigen in Deutschland sind davon betroffen ([www.aerzteblatt.de/nachrichten/98444/Kinderaerzte-wollen-nationalen-Aktionsplan-gegen-Fettleibigkeit](http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/98444/Kinderaerzte-wollen-nationalen-Aktionsplan-gegen-Fettleibigkeit)). Mit ein Grund für eine immer wiederkehrende gesellschaftliche Debatte um das Thema gesunde Ernährung – besonders in Kitas und Schulen. Auch die die Bundesregierung tragenden Fraktionen von CDU, CSU und SPD greifen das Thema im Koalitionsvertrag auf ([www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1](http://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1)). Weil die gesundheitlichen Risiken wie Übergewicht, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zunehmen, sollen „ernährungsmitbedingte Krankheiten“ (S. 89) bekämpft werden. So sollen bundesweit flächendeckend Mindeststandards für die Ernährung in Kitas und Schulen eingeführt werden (S. 90). In den Augen der Fragesteller ist es eminent wichtig, frühzeitig ein Bewusstsein für gesunde Ernährung zu schaffen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung das Thema „Übergewicht und krankhafte Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen“?
2. Wie bewertet die Bundesregierung
  - a) die Aufklärungsarbeit zur gesunden Ernährung in Kitas und Schulen in diesem Kontext und
  - b) die Bedeutung gesunder Verpflegung in Kitas und Schulen in diesem Kontext?

3. Wie hoch waren die Ausgaben der Bundesregierung für die Aufklärungsarbeit zur gesunden Ernährung in Kitas und Schulen jährlich seit 2014 bis 2018 (bisher), und aus welchen Haushaltstiteln wurden die einzelnen Maßnahmen finanziert (bitte Titel mit entsprechender Finanzierungshöhe angeben und nach Bundesländern aufschlüsseln)?
4. Angesichts der am 26. September 2018 mit Vertretern der Lebensmittelindustrie geschlossenen Grundsatzvereinbarung zur „Reduktions- und Innovationsstrategie Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten“ ([www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ernaehrung/GrundsatzvereinbarungReduktion.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ernaehrung/GrundsatzvereinbarungReduktion.pdf?__blob=publicationFile)) und der darin festgehaltenen Erwägung, dass „Kinder und Jugendliche zu den besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen gehören“ (S. 2), fragen die Fragesteller die Bundesregierung, ob und inwieweit das Fokusziel 1 (Reduktion Energiezufuhr durch Senkung Zucker- bzw. Fettgehalt und Portionsgrößen) und das Fokusziel 2 (Reduktion Salz und nicht-ruminante trans-Fettsäuren) durch Gehaltsvorgaben für Essen an Kitas und Schulen erreicht werden soll?

Wenn ja, bis wann wird die Bundesregierung die Gehaltsvorgaben verabschieden?

Werden die Gehaltsvorgaben verbindlich gelten?

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Gehaltsvorgaben, ob verbindlich oder unverbindlich, eingehalten werden?

5. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass „die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) als Mindeststandards flächendeckend in Schulen, Kitas und in der Gemeinschaftsverpflegung eingeführt werden“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Zeile 4174 ff)?
  - a) Bis wann soll die Umsetzung des vorgenannten Ziels erfolgen?
  - b) Wie wird die Einhaltung des Ziels überprüft?
6. Inwieweit nutzt die Bundesregierung das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung für bundesweit gleiche Standards
  - c) hinsichtlich der Ernährung in Kitas,
  - b) hinsichtlich der Aufklärungsarbeit zu diesem Thema und
  - c) hinsichtlich der Ausbildung der Fachkräfte zu diesem Thema?
7. Wie ist vor dem Hintergrund der Aussagen im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD die Haltung der Bundesregierung zur Forderung des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte nach einem nationalen Aktionsplan gegen Fettleibigkeit ([www.aerzteblatt.de/nachrichten/98444/Kinderaerzte-wollen-nationalen-Aktionsplan-gegen-Fettleibigkeit](http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/98444/Kinderaerzte-wollen-nationalen-Aktionsplan-gegen-Fettleibigkeit))?
8. Welche Bundesprogramme zum Thema Ernährung gibt es für Kitas und Schulen in Deutschland (bitte mit jeweils der Bewertung nach dem gemessenen Erfolg des Programms auflisten)?
  - a) Wie erfolgreich war die Kampagne „Macht Dampf – Für gutes Essen in Kita und Schule“ vor dem Hintergrund, dass um eine Eigeninitiative der Eltern geworben wurde?
  - b) Ist der Erfolg des Programms „IN FORM“ von langfristiger Dauer oder mehr ein Stroheffekt?
  - c) Lassen sich bereits erste Ergebnisse hinsichtlich der jüngst gestarteten „Tage der Schulverpflegung“ festhalten, und falls ja, welche Erfolge konnten bereits erzielt werden?

9. Wie und in welchem Umfang unterstützt die Bundesregierung diese finanziell (bitte einzeln auflisten)?
10. Wie viele Schulen und entsprechend wie viele Kinder werden im Schuljahr 2018/2019 an den in Frage 8 genannten Programmen teilnehmen (bitte für die einzelnen Bundesländer, in absoluten Zahlen und in Prozent angeben)?
11. Welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung aus der Evaluierung des EU-Schulobst- und -gemüseprogramms sowie des EU-Schulmilchprogramms im Mai 2017?
  - a) Welche Anpassungen wurden aufgrund dieser Erkenntnisse in den entsprechenden Programmen vorgenommen?
  - b) Liegen der Bundesregierung Informationen vor, weshalb sich Hamburg als einziges Bundesland nicht an den o. g. Programmen beteiligt?
12. Gibt es bundesweite Mindeststandards für „Ernährungsbildung“ in den Lehrplänen der Bundesländer?
  - a) Wenn ja, welche, und wie wurden diese festgelegt?
  - b) Wenn nein, wann, und wie gedenkt die Bundesregierung, diese zu definieren?
13. Wie geht die Bundesregierung mit dem Ergebnis der Evaluation des Medienpakets „Extra Portion Wissen“ um, in dem 20 Prozent der Befragten die Note 1, 64 Prozent die Note 2 und 13 Prozent die Note 3 geben?
  - a) Liegen der Bundesregierung Gründe für diese Bewertung vor?
  - b) Wenn ja, welche, und wie wurden sie für die Weiterentwicklung des Medienpakets verwendet?
  - c) Wenn nein, warum erfolgte keine detailliertere Bewertung, und soll diese nachgeholt werden?
  - d) Wie oft wurde das Medienpaket „Extraportion Wissen“ seit dessen Aufsetzung bestellt?
  - e) Wie hoch waren die Ausgaben der Bundesregierung für das Medienpaket?
  - f) Wer konnte an der Evaluation des Medienpaketes „Extra Portion Wissen“ teilnehmen?
14. Sind bundeseinheitliche Rahmenvorgaben für die Studien- und Ausbildungsinhalte bei Biologie- oder Sportlehrern und Erziehern hinsichtlich des Themenkomplexes Ernährung vorhanden?
  - a) Wenn ja, in welchem Umfang?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
15. Welche bundesweiten Fortbildungsangebote gibt es aktuell für Lehrende und Erziehende an Schulen und Kitas zum Themenkomplex Ernährung?  
Wie ist die Nachfrage diesbezüglich?
16. Liefert die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Auftrag gegebene Studie zur „Qualität der Schulverpflegung“ Anhaltspunkte über den Zusammenhang zwischen Schulart und Preis der Mahlzeiten (bitte Antworten separat für Ganztagschulen und andere Schulen nennen)?

Berlin, den 28. November 2018

**Christian Lindner und Fraktion**

